

Nr. 15/369 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Förderung und Integration von Kindern mit Behinderungen in der Schule

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Oktober 2001

(Drucksache 15/375 S)

Nr. 15/370 S

Fragestunde

1. Bauland für junge Familien in Bremen zur Verfügung stellen
Anfrage der Abgeordneten Gerling, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. November 2001

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Beleuchtungssituation am Torfkanal
Anfrage der Abgeordneten Gisela Schwarz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. November 2001

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Winterräumdienst in der Louis-Seegelken-Straße
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. November 2001

4. Rattenplage – und kein Ende!
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. November 2001

5. Power-up-Projekt
Anfrage der Abgeordneten Silke Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 16. November 2001

6. Tarifgerechte Entlohnung bei Vergabe öffentlicher Aufträge
Anfrage der Abgeordneten Manfred Oppermann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. November 2001

7. Islamkundeunterricht
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 20. November 2001

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/371 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/372 S

Bürgerzentrum Pelzerstraße und lokale Dienstleistungszentren

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2001
(Drucksache 15/363 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001

(Drucksache 15/402 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/373 S

Verkehrerschließung der Hafenreviere stadtteilverträglich gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 23. Oktober 2001
(Drucksache 15/377 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Umsetzung folgender Maßnahmen vorzubereiten und der Stadtbürgerschaft bis Ende dieses Jahres einen verbindlichen Zeit- und Maßnahmenkatalog vorzulegen. Die Stadtbürgerschaft erwartet dabei die Berücksichtigung folgender Eckpunkte:

Waller Ring

- Rückbau des Waller Rings zu einer vierreihigen Allee mit einer Fahrbahnbreite von max. 6,5 m.
- Der Rückbau beginnt noch in 2001, spätestens jedoch im Frühjahr 2002.
- Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Freihafenzubringers ist der Fly-over vierspurig auszubauen. Dazu sind unverzüglich die planerischen Vorarbeiten abzuschließen und die Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung aufzunehmen. In der Zwischenzeit sind die vorhandenen Verkehrsflüsse zu verbessern, u. a. durch die Umgestaltung des Utbremer Kreisels.
- Nach Fertigstellung der Maßnahme Freihafenzubringer wird der Waller Ring unverzüglich aus dem Lkw-Führungsnetz herausgenommen (incl. Verhängung eines Nachtfahrverbots).

Überseetor

- Die Belieferung des Großmarkts muss über das Hansetor und die Emdor Straße/Cuxhavener Straße erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass dies durch verkehrslenkende Maßnahmen erfolgt.
- Für das Überseetor wird eine Gewichtsbeschränkung für Lkw bis 7,5 t angeordnet.
- Die Fahrbahnbreite wird auf insgesamt 6,5 m begrenzt, analog Waller Ring.
- Das Überseetor muss den Charakter einer Stadtstraße besitzen (analog Waller Ring), damit eine attraktive städtebauliche Achse zwischen dem Stadtteil Walle und der Weser entstehen kann.

Waller Wied

- Das Wohngebiet Waller Wied wird durch einen umfassenden Lärmschutz wirksam gegen Schallimmissionen geschützt, incl. Rückfront Heimatstraße.
- Die Hafenstraße muss nach Fertigstellung der neuen Erschließung über das Hansetor unterbrochen werden, so dass kein Durchgangsverkehr mehr möglich ist.

Lärmsanierung Hansestraße und Hafenrandstraße (Nordstraße)

- Für alle Wohngebäude an diesen Straßen, die auch weiterhin im Lkw-Führungsnetz verbleiben werden, wird verbindlich ein Sonderprogramm „Passiver Lärmschutz“ aufgelegt.

Lärmsanierung, u. a. Maßnahmen an der Schule Nordstraße

- Die zur Hafenrandstraße liegenden Fenster der Schule an der Nordstraße müssen durch Lärmschutzfenster ersetzt werden.
- Die Pausenhöfe der Schule werden durch funktionsgerechte und gestalterisch wirkende Lärmschutzwände abgeschirmt.
- Das Gelände des ehemaligen Müllgefäßlagers der BEB, welches im Lärm-schatten liegt, muss in die Pausenhoffläche integriert werden.
- Es ist zu prüfen, ob das auf diesem Gelände vorhandene Gebäude der Schule für Zwecke der verlässlichen Grundschule zur Verfügung gestellt werden kann.
- Im Schulgebäude Nordstraße wird ein lärmgeschützter Ausbau des Dachgeschosses vorgenommen.

Nr. 15/374 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35 vom 1. November 2001

(Drucksache 15/378 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/375 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 36 vom 13. November 2001

(Drucksache 15/381 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/376 S

Ortsgesetz zur Änderung des Bremischen Ortsgesetzes zum Bremer Baubetrieb und Ortsgesetz zur Änderung des Bremischen Ortsgesetzes zum Eigenbetrieb Baudienstleistungen Bremen

Mitteilung des Senats vom 6. November 2001
(Drucksache 15/379 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Ortsgesetze.

Nr. 15/377 S

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haus- haltsjahr 1999

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000
(Drucksache 15/230 S)

Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat gemäß § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 15/378 S

Jahresbericht 2001 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1999 der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) des Rechnungshofs vom 12. März 2001

(Drucksache 15/287 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Jahresbericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 15/379 S

Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 2001 (Stadt) des Rechnungshofs vom 4. September 2001

(Drucksache 15/360 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Ergänzungsbericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 15/380 S

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 1999 (Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000 – Drs. 15/230 S) und zum Jahresbericht 2001 des Rechnungshofs (Drs. 15/287 S vom 12. März 2001) sowie zum Ergänzungsbericht (Drs. 15/360 S vom 4. September 2001) vom 7. November 2001

(Drucksache 15/380 S)

Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/381 S

„Abfallwirtschaft 2004“: Der gelbe Sack muss weg!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2001

(Drucksache 15/394 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/382 S

Abfallwirtschaft in Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 27. November 2001

(Drucksache 15/409 S)

Der Senat wird gebeten, der Stadtbürgerschaft bis zum 31. März 2002 zu berichten,

1. welche Möglichkeiten der Senat sieht, die aktuelle Situation im Hinblick auf den „Gelben Sack“ zu verbessern,
2. inwieweit das „Trockenstabilatverfahren“ ein künftiger Bestandteil des bestehenden bremischen Abfallwirtschaftskonzeptes werden kann und sich dies mit den bestehenden Verträgen vereinbaren lässt.

Nr. 15/383 S

Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement Bremen der Stadtgemeinde Bremen (GTM-OG)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/397 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/384 S

Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadtgemeinde Bremen (BremSVITOG)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/398 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/385 S

Ortsgesetz zur Aufnahme von Kindern und zur Regelung der Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/399 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. November 2001

(Drucksache 15/408 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 15/386 S

Neuntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/400 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 15/387 S

Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KVBremen) auf den Landeseigenbetrieb GeoInformation Bremen (GeoBremen)

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/365 S)

u n d

Nr. 15/388 S

Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KV Bremen) auf den Landeseigenbetrieb GeoInformation Bremen (GeoBremen)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/401 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt gemäß Artikel 101 Nr. 6 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen die Übertragung der Betriebsmittel des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KVBremen) auf das Sondervermögen des Landeseigenbetriebes GeoInformation Bremen (GeoBremen) zum 1. Januar 2002.

Nr. 15/389 S

Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KVBremen) auf den Landeseigenbetrieb GeoInformation Bremen (GeoBremen)

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. November 2001
(Drucksache 15/404 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/390 S

Bericht zur Weiterentwicklung des Rahmenkonzeptes der verlässlichen Grundschule

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/403 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Nr. 15/391 S

Ortsgesetz zur Umstellung von Ortsrecht auf den Euro

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001
(Drucksache 15/370 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 15/392 S

Ortsgesetz zur Umstellung von Ortsrecht auf den Euro

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. November 2001
(Drucksache 15/405 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.